

<b>ANTRAG</b>	Gremium:	<b>Ortschaftsrat Durlach</b>
Fraktion Freie Wähler	Termin:	<b>17.09.2014</b>
	TOP:	<b>4</b>
	Verantwort-	<b>öffentlich Ordnungs- und Bürgeramt</b>
<b>Erweiterung Sperrbezirk; Verkehrsrechtliche Maßnahmen</b>		

1. Die Erweiterung des Sperrbezirks wird auf die gesamte Gemarkung von Durlach beim Regierungspräsidium beantragt.
2. Folgende Straßen sind zu Anliegerstraßen umzuwidmen:
  - a. Maybachstraße
  - b. Dieselstraße
  - c. Wachhausstraße
3. Folgende Zufahrten mit dem Schild „Anlieger frei“ zu versehen:
  - a. Zufahrt zum AFA / parallel Edgar-Heller-Straße
  - b. Fußwege hinter dem Lärmschutzwall entlang der gesamten Fiduciastraße
4. Nach der Kennzeichnung sollen intensive Kontrollen in den Anliegerstraße vor allem abends und nachts durch das Ordnungsamt durchgeführt werden.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Standorte zu suchen, wo die Straßenprostitution ohne Belästigung von Bürgerinnen und Bürgern von statten gehen kann.
6. Es ist zu überprüfen, ob das Angebot an Dienstleistungen der Prostituierten nicht einer Genehmigung als Sondernutzung bedarf.

### **Begründung**

Trotz vielfacher Proteste der Anwohner und Kleingärtner im Industrie- und Wohngebiet Killisfeld hat der Hauptausschuss in seiner Sitzung vom 6. Mai 2014 beim Regierungspräsidium lediglich eine Ausweitung des Sperrbezirks hinter dem Hauptbahnhof beim Regierungspräsidium beantragt. In der Begründung hieß es, dass man eine Verlagerung der Prostitution befürchte, würde man den Sperrbezirk auf andere Gebiete ausweiten.

Gerade diese Verlagerung befürchten die Anwohner allerdings auf die Ottostraße/Fiduciastraße und die angrenzenden Straßen. Schon heute ist es in den Abendstunden kaum möglich, ungehindert von den Bushaltestellen zu den Wohngebieten und Firmen zu gelangen. Die Haltestellen des KVV sind von den Damen belagert, Passanten werden von ihnen angesprochen und allein dort laufende Frauen werden von Freiern belästigt. Anwohner berichten sogar, dass sie von der Polizei aufgefordert wurden, die

Straße zu verlassen, nachdem sich die Damen telefonisch beschwert hatten, sie würden in der Ausübung ihres Gewerbes behindert.

Eine zeitliche Begrenzung wird nach Ansicht der Anwohner und Kleingärtner nur in sehr geringem und nicht akzeptablem Maß eine Milderung der jetzigen Situation bringen. Insbesondere dort wohnende Jugendliche, die auf dem Heimweg von Disco, Universität oder Freunden auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, können abends nicht mehr nach Hause gelangen, ohne mit der Situation auf unangenehme Weise in oben genannter Form konfrontiert zu werden. Dies sehen wir als untragbaren Zustand bezüglich der persönlichen Rechte der Anwohner. Der Hinweis der Bürger, es werde hier ein Ghetto geschaffen, das zu bestimmten Zeiten nicht mehr verlassen werden kann, ist nicht von der Hand zu weisen. Außerdem bringt diese Regelung keinerlei Besserung bezüglich der nächtlichen Verschmutzung in den Kleingartenanlagen und Gewerbeanwesen.

Uns ist klar, dass Otto- und Fiduciastraße verkehrsrechtlich nicht umgewidmet werden können. Jedoch ist hier zu überprüfen, ob das Angebot von Dienstleistungen nicht einer Genehmigung zur Sondernutzung bedarf, wie es andernorts für Gewerbetreibende im öffentlichen Raum gefordert wird. Hinzu kommt, dass die Damen sehr aggressiv vorgehen. Sie schalten die Fußgängerampeln, damit Fahrzeuge anhalten müssen, oder treten unvermittelt auf die Straße, um Fahrzeuge zu Vollbremsungen zu zwingen.

Wir fordern deshalb die Verwaltung auf, die oben genannten Straßen und Wege nur noch für Anlieger befahrbar zu machen, und regelmäßig zu kontrollieren, um die Ausübung der Prostitution dort zu unterbinden. Alternative Standorte auf Durlacher Gemarkung sehen wir nicht.

### **Beschluss:**

**Der Ortschaftsrat stimmt dem vorgestellten Antrag an den Gemeinderat/  
Hauptausschuss zu.**

Unterzeichnet:

Fraktion Freie Wähler

Petra Stutz

Jürgen Wenzel